

„Die Ukraine als Partner der polnischen und deutschen Außenpolitik“

Konferenzimpressionen von Hans W Odenthal

Zielsetzung der Konferenz vom 18. und 19. Dezember 2008 in Warschau war die Erörterung von Sachverhalten und Perspektiven in Panels zu den Schwerpunkten

- Die Ostpolitik Deutschlands und Polens. Nationalstaatlich oder europäisch ?
- Die Ukraine – Die Reform- und Modernisierungsperspektiven
- Die Position der Ukraine in der Region
- Die Ukrainische Wirtschaft angesichts der Krise
- Die Ukraine und ein sicheres Europa.

Der Einladung der Organisatoren, der „Stiftung für Polnisch-Ukrainische Zusammenarbeit (PAUCI)“, der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)“ und der „Europäischen Austausch gGmbH“ waren rund 120 Teilnehmer gefolgt. Die Themen wie der illustre Teilnehmerkreis von ehemaligen Präsidenten, Politikern und Diplomaten, Wissenschaftlern aus Forschung und Lehre, Vertretern von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Vertretern von Interessengruppen und meinungsbildender Institutionen, Studenten bis hin zu Praktikanten in Austauschprojekten versprachen ebenso fundierte Darstellungen von Fakten, Bewertungen und Empfehlungen wie ergänzende Fragestellungen von weitgefächerten Positionen.

Als positives Fazit und zugleich als Kompliment an die Veranstalter ist zu vermerken, das Inhalt und Verlauf ebenso offen wie lebhaften waren und die Hoffnung auf eine interessante Veranstaltung im Auditorium ebenso wie Gelegenheiten zu ergänzenden wie vertiefenden Randgesprächen voll erfüllt wurden. Das schließt jedoch nicht aus, dass Teilnehmer ernüchert über Fakten, Ziele und Perspektiven aus der Konferenz gegangen sind, insbesondere dann, wenn sie hier innovative und rasch wirksame Erfolgsrezepte erwartete hatten für die Entwicklung der Ukraine hin zu einem regionalen Stabilisierungsanker und als neues Voll-Mitgliedschaft in transatlantischen und europäischen Institutionen - oder auch genau umgekehrt hin zu einer präferierten engeren An- oder Einbindung in eine russisch geführte Institution als Teil Russlands oder in einer Union verbunden. Insbesondere Teilnehmer mit langen Erfahrungen aus der Arbeit für und mit ukrainischen Institutionen, dürften sich bestärkt fühlen, dass Vorschläge für „den großen Wurf“ zwar gut gemeint aber angesichts der realen Welt auch hier unrealistisch sind, und es weiterhin des guten Willens und Mutes bedarf, die Fortentwicklung in und für Europa mit gleichzeitigen gut nachbarlichen Beziehungen in kleinen Schritten beharrlich zu verfolgen, und vor Allem, dass die Menschen, um die es schließlich geht, insbesondere in der Ukraine selbst, die Verstehen und unterstützen.

Was führt zu diesem persönlichen Resümee? Dazu einige Einzelheiten:

Bereits in seinem Eingangsstatement merkte der erste Sprecher seine Verwunderung über unterschiedliche Wahrnehmungen hinsichtlich des „oder“ in der Themenstellung (... Nationalstaatlich oder europäisch ?) an. Denn dies sei doch wohl eher als provozierendes Element für die folgende Erörterung statt einer ernstgemeinten Fragestellung zu sehen. Natürlich müsse es im Kontext „Europa“ (als Synonym für die EU) eine europäische Politik sein, und natürlich sei es schwierig, dass dieses Europa als Gemeinschaft souveräner Staaten mit einer Stimme spreche. Dieses sei, wie auch in folgenden Beiträgen betont wurde, aber notwendig, nicht nur für, gegen oder mit der Ukraine, sondern auch mit den übrigen Akteuren, insbesondere mit Russland. Hierbei könne auch nicht stets die Grundsatzfrage gestellt werden, ob es gemeinsame Interessen gäbe und ob es deshalb zur engeren Kooperationen kommen dürfe oder müsse. Die eigentliche Frage sei, wie dies zu

bewerkstelligen sei. Die Antwort läge nach bewährtem Muster in realistischen, kleinen Schritten in abgestimmten Zeithorizonten an. So böte es sich geradezu an, zu vereinbaren, was in jährlichen Schritten erreicht werden soll, ohne dass die Zielsetzung für ein erweitertes Europa, gemeinsame Sicherheit und Prosperität aus den Augen verloren werde.

Besondere Herausforderungen wurden - übergreifend in allen Panels - in der derzeitigen Lage und Perspektiven der Ukraine gesehen mit Krisenmerkmalen sowohl im Innern als auch in externen Beziehungen insbesondere mit Russland. Dies liege nicht zuletzt auch im mehr oder weniger verhohlenen Anspruch, als Regionalmacht gesehen und behandelt zu werden, ohne dass die eigene politische Handlungsfähigkeit oder Kraft dazu als ermunternd betrachtet werden könnte. So müsse klar werden, wie verbindlich Entscheidungen in der Ukraine selbst gesehen und befolgt würden, welche Akteure zuständig und vertrauensvoll seien, und dies nicht zuletzt auch in der Kommunikation mit der eigenen Bevölkerung. Hinsichtlich Forderungen und Erwartungen an Europa für eine Harmonisierung von bisher vorrangigen Nord-Süd-Beziehungen zu gleichwertigen West-Ost-Beziehungen sei auch dies nur denkbar, wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sei.

Als „realisierbare, kleine Schritte“ wurden konkrete Vorschläge eingebracht, insbesondere und mehrfach für

- Lösungen zur Vereinfachung der Visa - Bestimmungen mit der EU (mit besonderem Hinweis der Herausforderungen hinsichtlich der Verantwortlichkeiten der „Schengen Staaten“)
- die Aufarbeitung der Geschichte - hier z.B. auch konkrete Ansätze für die absehbar notwendigen zukünftigen Regelungen und Transformationsschritte russischer Militärstützpunkte
- die Einrichtung konkreter Austauschprogramme, regionale grenzüberschreitende Kooperation
- eine vordringliche und einvernehmliche Lösung der Energiefragen mit Russland.
- Die Bildung eines „Schwarzmeer- Dialoges“ ähnlich dem Mittelmeer-Dialog als komplementäres Forum, nicht als Ersatz für die „Europäischen (und transatlantischen) Institutionen und Foren“.

Die Notwendigkeit, das eigene Haus in Ordnung zu bringen und Sorge zu tragen für nicht nur formale eingerichtete, sondern auch funktionierende staatliche Institutionen wurde mehrfach herausgestellt. Zwar seien Fortschritte insbesondere seit der Orangen Revolution erkennbar, ebenso erkennbar sei aber auch eine erstaunliche Interesselosigkeit der politischen Eliten für Reformen auf Rechts- und Sozialfeldern sowie für reale Bewegung in Richtung Europa (EU). Zu diesem Problem trage bei, dass Leute oftmals - auch ungewollt - in die Politik kommen. Das Ergebnis zeige sich in der primären Verfolgung von Eigeninteressen, insbesondere zur Förderung des eigenen Wohlstandes, mangelnde Vorbereitung für politische und Führungsaufgaben oder auch Lustlosigkeit am Amt. Es sei nicht ungewöhnlich, dass jenseits geordneter Bahnen nebeneinander her „hantiert“ werde. So sei leider festzustellen, dass die Reformchancen über die Orange Revolution weitgehend verpufft seien, weil das Parlament insgesamt seinen Aufgaben nicht gewachsen sei, und auch andere Institutionen wie die unabhängig Gerichtsbarkeit, insbesondere ein Verfassungsgericht, nicht wirklich realisiert wurden oder dem Anspruch entsprächen.

Freie Medien und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) könnten für Fortschritte eine bedeutende Rolle spielen. Doch auch hier seien für die internen Instrumentarien noch viel Hilfe und Zeit erforderlich, um wirksame Strukturen zu fördern. NRO hätten sich zwar auch eigenständig entwickelt, insgesamt sei deren Verbreitung bis hin in Kommunen aber noch zu gering, und die Notwendigkeit zur Kooperation und Transparenz für die Tätigkeit müsse häufig noch verinnerlicht werden. Ähnliches gelte für Freie Medien; sie seien zwar gewachsen und zeigten weiteres Potential für ebenso informative wie kritisch begleitende Berichterstattung. Wie bei den politischen Eliten werde aber oftmals das Eigeninteresse in

den Vordergrund der journalistischen Tätigkeit gerückt als Geschäft für Geschäftsleute. Eine bessere EU Perspektive könne hier als Impetus für einen schnelleren Wechsel generell oder für den Wechsel individuellen Gehabes dienlich sein. Ein Impetus werde in diesen Bereichen wie für die wirtschaftliche Entwicklung in einer klaren EU Perspektiven, aber in der Ausrichtung der Fußball Europameisterschaften erwartet.

Auch in Wirtschaftsfragen seien Veränderungen deutlich bemerkbar, aber das Verständnis der Bedeutung der Wirtschaft für die Politik müsse erst noch verstanden und kommuniziert werden, ebenso wie die Tatsache, dass 50% in der Wirtschaft Gefühl sei. Das gelte auch für die jetzt schon geleisteten Hilfsprogramme der EU, die nicht gering geschätzt werden dürften. Eigentliche Frage sei, wie unter obiger Feststellung die 50% Realwirtschaft sich darstellten. Festzuhalten sei, dass die Ukraine bisher zu den 10 größten Empfängern ausländischer Investitionen gehört habe. Das Geld sei aber überwiegend für den direkten Konsum der Bevölkerung verbraucht statt für nachhaltige Investitionen eingesetzt worden. Modernisierungen in der Wirtschaft seien überfällig und somit zusehends unausweichlich für die interne Entwicklung und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der Binnenmarkt könne und müsse noch besser erschlossen werden, zur Erhaltung oder gar für den Ausbau einer dauerhaft tragfähigen Wirtschaft reiche dies aber nicht aus.

Die Finanzkrise werde auch die Ukraine nicht verschonen, insbesondere aber den Staat und die Großunternehmen treffen. Von diesen gäbe zu viele und überdies mit zu starker Exportabhängigkeit. Demgegenüber blieben die – zu wenigen Mittelständler – mit kleinen und mittlere Unternehmen wohl deswegen – sarkastischer Weise – wohl weitgehend verschont, weil sie so gut wie keine Kredite erhalten hätten. Problem der Großindustrie sei auch deren großer ausländischer Investitionsanteil. Die akute Wirtschaftskrise stelle in der ohnehin politisch wie wirtschaftlich recht labilen Lage aber eine weitere Herausforderung für vermutlich alle dar mit ungewissem Ausgang für die Selbständigkeit der Ukraine. Die Lösung der Energiefrage mit Russland sei schon längst überfällig, bei weiteren politischem Getöse könne dieses Problem ergänzende Restriktionen für den Export nach Russland bringen. Allein schon wegen der geographischen Lage könnte der russische Markt eine längerfristige Lösung für die ukrainische Exportwirtschaft sein; insoweit sei auch die Zurückhaltung aus der Wirtschaft hinsichtlich der Zuwendung zu NATO und EU zu verstehen, weil sie dann eher noch mehr versperrende Schranken für den Zugang zum russischen Markt sehen.

Inwieweit dieses Gemengelage weitere negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und die interne Stabilität habe, sei sorgfältig zu beobachten. Sie zeige aus Gewohnheit große Leidensfähigkeit, arrangiere sich auch aus Gewohnheit in Nischen für das eigene Leben und Überleben. Die Hoffnungen der politischen Systemwende hätten sich für viele bisher nicht erfüllt. Die Unbillen einer Wirtschaftskrise bei noch latenten Enttäuschungen nach dem politischen Umbruch bedürften gemeinsamer wie professioneller und verantwortlicher Führung und Hilfe für die ohnehin labile gesellschaftliche Ausgewogenheit. Das Potential dazu sei vorhanden, es müsse aber besser mobilisiert und verantwortlich genutzt werden.

Nach diesem Vorlauf mit ebenso weit gefächerten wie tiefgehenden Darlegungen ergaben sich die Folgerungen quasi zwangsläufig. So stand außer Frage, dass eine stabile und handlungsfähige Ukraine der Stabilität und Sicherheit nicht nur in der Region dienen würde. In diesem Sinne gebrauche die EU und die NATO die Ukraine ebenso wie die Ukraine diese Gemeinschaft. Weitgehend offen blieb aber die Frage, inwieweit die Ukraine trotz oder gerade wegen ihrer Lage ausgleichend wirken könne, geographisch angesichts der ausgeprägten Interessen des großen Nachbarn Russland, politisch angesichts latenter eigener interner Instabilitäten und somit der Fragezeichen inwieweit das „Modell Ukraine“ ein attraktives „Gegenmodell zu Russland/dem Putin Modell“ sein könne.

Pointierte Fragen veranlassten schließlich Panelisten zu Klarstellungen, bei allem erfreulichem Enthusiasmus für wiederholte oder auch neue Forderungen für mehr und

wirksamere Aktivitäten die Gegebenheiten nicht außer acht zu lassen. So sei die Ukraine in der jetzigen Form als souveräner Staat noch keine 20 Jahre alt; noch Präsident Jelzin habe die Ukraine offen als ein Land im russischen Einflussbereich genannt; und die Geschichte bewirke unverändert noch, dass die Ukraine geistig und dadurch auch geographisch zurechenbar ein geteiltes Land sei; daran erinnerten vorher präsentierte Zahlen wonach z.B. Eliten im Süden des Landes zu 90% für eine Mitgliedschaft in der EU votierten, demgegenüber 90% der Bevölkerung sich dagegen aussprächen; diese Teilung wirke sich auch so in den Massenmedien aus mit unabsehbaren Konsequenzen für die Volkesmeinung, wenn z.B. die Vorteile, die eine EU Mitgliedschaft bringen sollte, nicht vermittelbar sind oder erkannt werden. Zur ergänzenden Klarstellung auf wiederholte Forderungen nach einer eindeutig deklarierten EU Perspektive für die Ukraine und größere EU Anstrengungen, um eine solche Erweiterung - mit oder ohne weitere Staaten in der Region – rief ein anderer Panelist die Römischen Verträge in Erinnerung, die diese Option schon ausweisen: die Tür sei offen Es werde aber kein Staat für die EU vereinnahmt, sondern es liege in der Entscheidung eines Staats, ob er unter den Vorgaben der gemeinsamen Werte und Ziele einen entsprechende Antrag stelle. Dabei liege es in der Natur der Sache, dass sich alle auch schon auf dem Weg dahin gemeinsam und ernsthaft bemühen müssten. In der EU sei der Wille dazu vorhanden, wie laufende Hilfsprogramme belegten.

Politik ist, frei nach Max Weber, das Bohren dicker Bretter und folglich mühsam. Während diese Eindrücke wegen der Beschäftigung der Konferenz vornehmlich mit Herausforderungen eventuell einen negativen Beigeschmack hinterlassen könnten, bieten Herausforderungen und Potentiale durchaus Anreize für ungeschmälerten Optimismus. Positive Signale über erfolgreiches Bohren, erfolgreiche kleine Schritte selbst bei dieser Informationsveranstaltung sollten deshalb bekräftigen und ermuntern, weiter dicke Bretter zu bohren, es lohnt sich, denn:

Seitenhiebe auf anscheinendes Desinteresse am „Weimarer Dreieck“ für östliche Nachbarn konnte der Präsident des Komitees zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit in seinem Diskussionsbeitrag entkräften. Viele der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Rahmen des Weimarer Dreiecks ließen sich ohne weiteres auf eine trilaterale engere Zusammenarbeit im Rahmen des postulierten „Warschauer Dreiecks“ übertragen. Im übrigen habe der deutsche Außenminister zum nächsten Ministertreffen nicht nur seine französischen und polnischen Kollegen nach Weimar eingeladen, sondern zum ersten Mal als Gast auch den ukrainischen Außenminister. Mit Sicherheit wird auch bei dem nächsten Weimarer Gipfeltreffen, zu dem der polnische Staatspräsident seinen französischen Kollegen sowie die Bundeskanzlerin nach Polen eingeladen hat, die Europäische Nachbarschaftspolitik und damit das Verhältnis zur Ukraine prominent auf der Tagesordnung stehen. Bei zwei geplanten Foren der Zivilgesellschaft des Weimarer Dreiecks, das eine in Warschau in der französischen Botschaft in Warschau und das andere in Paris in der polnischen Botschaft, beide im Frühjahr 2009, werden ebenfalls die Gelegenheiten bieten, Möglichkeiten zu einer Intensivierung der Beziehungen mit der Ukraine auszuleuchten.

Die Veranstalter konnten ferner bereits im Auditorium verkünden, dass ein Vorschlag aus den laufenden Diskussionen für ein „Ukr-Pol-Deu Energie Forum“ schon aufgegriffen worden sei und realisiert werde.